

HWWI PROGNOSEN

Konjunkturprognose Deutschland Sommer 2026

Michael Berlemann | Jörg Hinze



HWWI Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut

HWWI PROGNOSE NR. 2/2026

Autoren:

MICHAEL BERLEMANN (Berlemann@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, CESifo, ifo
Institut für Wirtschaftsforschung

JÖRG HINZE (Hinze@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Imprint

Publikationsreihe: HWWI Prognosen

Verantwortlicher Herausgeber: Michael Berlemann

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Berlemann

Geschäftsführer: Dr. Dirck Süß

Mönkedamm 9 | 20457 Hamburg | Deutschland

Phone: +49 40 340576-0 | Fax: +49 40 340576-150

info@hwwi.org | www.hwwi.org

© HWWI | Hamburg | Juni 2026

Irankonflikt und Reformschwäche bremsen deutsche Konjunktur aus

Michael Berlemann^{1,2} und Jörg Hinze¹

¹Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mönkedamm 9, 20457 Hamburg, Deutschland.

Email: info@hwwi.org

²Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Deutschland.

Nach gutem Start der deutschen Wirtschaft in dieses Jahr hinein haben sich seit Ende Februar durch den Irankrieg, insbesondere durch die Sperrung der Straße von Hormus und der damit verbundenen Energieverteuerung, die Perspektiven für Wachstum und Inflation deutlich verschlechtert. Die Sperrung der Straße von Hormus dauert nun länger an als zunächst erwartet. Die erratische US-Zollpolitik dämpft zudem die deutschen Exportaktivitäten spürbar. Die Stimmung in der Wirtschaft wurde aber auch durch hausgemachten Probleme beeinträchtigt, insbesondere weil der Reformprozess nur langsam vorankommt und von Unstimmigkeiten innerhalb der Koalitionsregierung überlagert wurde. Die weitere Entwicklung im Irankonflikt ist unklar, die anstehenden Reformen bergen Konfliktpotenzial. Auch wenn die Straße von Hormus bald wieder passierbar wird und Öl- und Gaspreise nachgeben, wird die Energieverteuerung noch einige Zeit nachwirken. Und die gedämpfte Stimmung bei Investoren und Verbrauchern dürfte erst mal für Zurückhaltung sorgen. Lediglich die staatlichen Konsumausgaben und Fiskalprogramme für Infrastruktur und Verteidigung geben Impulse. In diesem Jahr dürfte die deutsche Wirtschaft unter diesen Bedingungen lediglich um knapp $\frac{3}{4}$ % zunehmen. 2027 könnte, bei Beendigung des Irankriegs und konsequenterer Reformpolitik, das reale Bruttoinlandsprodukt um $1\frac{1}{4}$ % wachsen.

Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise bewegte sich in letzter Zeit auf 3 % zu, insbesondere weil die Energiepreise deutlich stiegen. Davon werden noch einige Kostenanstöße ausgehen, auch wenn der Tankrabatt den Preis-auftrieb zunächst gebremst hat. Bei der hier unterstellten Entwicklung würde die Inflationsrate jedoch bald ihren Höhepunkt überschreiten. Im Jahres-durchschnitt 2026 würde sie dann etwas mehr als $2\frac{1}{2}$ % betragen. 2027 könnte sie sich wieder Richtung 2 % bewegen.

Diese Prognose birgt erhebliche Risiken in sich. Die weitere Entwicklung im US-Iran-Konflikt ist offen. Eine noch längere Sperrung der Straße von Hormus würde die Wachstumschancen weiter reduzieren und die Inflationsgefahren erhöhen. Auch mehren sich die Zweifel, dass die Koalitionsregierung die angekündigten Strukturreformen konsequent umsetzt und die Sonderverschuldungsmöglichkeiten für zusätzliche Investitionen nutzt.

HWWI Prognosen

Ansprechpartner

Jörg Hinze

Editiert von

Michael Berlemann

© HWWI

Nach gutem Start ins Jahr 2026 externe Schocks und Reformzwist

Die deutsche Wirtschaft hatte vor Ausbruch des Irankriegs spürbar Fahrt aufgenommen; das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt war im Winterhalbjahr 2025/26 merklich gestiegen, mit einer Jahresrate von 1 ¼ %. Überdies hatten sich mehrere Konjunkturindikatoren spürbar verbessert und die staatlichen Ausgabenprogramme für Infrastruktur und Verteidigung waren gerade erst mal angelaufen. In den in den letzten Jahren kriselnden Bereichen Industrie und Bau zeichneten sich Umschwünge ab; in beiden Bereichen waren Produktion und Auftragseingänge deutlich aufwärts gerichtet. Die Grundlage für einen Aufschwung war gegeben und bei nachhaltigen Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hätte sich dieser verstärken können.

Der Ausbruch des Irankriegs Ende Februar hat wichtige Rahmenbedingungen drastisch verschlechtert. Mit der Sperrung der Straße von Hormus stiegen die Öl- und Gaspreise, die zuvor zur Eindämmung der Inflation hierzulande erheblich beigetragen hatten, nun sprunghaft an. Zunächst wurde von einer nur kurzen Dauer dieses Konflikts ausgegangen. Doch je länger dieser anhält - die zwischen den USA und dem Iran vereinbarte Waffenruhe ist doch sehr brüchig - und damit die weitgehende Blockade der Straße von Hormus, umso mehr wird sich die Verteuerung von Energie über die Kraftstoffpreise hinaus aufgrund der dadurch bedingten Kostensteigerungen in vielen Wirtschaftszweigen in weiteren Preissteigerungen auswirken. Ein allgemein wieder stärkerer Preisauftrieb birgt zudem die Gefahr von entsprechend höheren Lohnforderungen sowie von Zinsanhebungen. Reale Kaufkraftverluste und höhere Kapitalkosten beeinträchtigen die Konsum- und die Investitionsneigung. Von daher wäre es wichtig - und der internationale Druck in dieser Richtung wächst -, dass die Straße von Hormus bald wieder frei passierbar wird, die Energiepreise sich wieder in Richtung des Vorkriegsniveaus bewegen, und die inflationären Prozesse mit ihren Auswirkungen auf Kosten der Unternehmen und auf die Geldpolitik gestoppt werden.

In dieser Situation wäre eine schnelle Umsetzung der angekündigten Strukturreformen hilfreich gewesen. Stattdessen trugen die beiden Koalitionsparteien ihre grundlegenden Interessenunterschiede offen aus und behinderten so insgesamt den Reformprozess. Im Sozialversicherungsbereich sind nachhaltige Reformen zur Lösung der Finanzierungsprobleme schon aufgrund der demographischen Entwicklung notwendig. Dies stellt die Koalition sicherlich vor Herausforderungen, doch bislang versucht sie noch, diesen auszuweichen. Ein Beispiel ist der Bereich Renten; obwohl hier eine Rentenkommission eingesetzt wurde, die bis Jahresmitte Vorschläge zu deren Konsolidierung vorlegen soll, wurden hier noch im Frühjahr zeitlich längerfristig wirkende Beschlüsse zur Festbeschreibung des Rentenniveaus getroffen. Auch die Reform des bisherigen Bürgergelds ist letztlich vor allem eine Umetikettierung in Grundsicherung; strengere Sanktionen oder mehr Druck zur Arbeitsaufnahme scheinen eher zaghaft. Das von der zuständigen Bundesministerin veranschlagte nur geringfügige Einsparvolumen ist angesichts eines Ausgabenvolumens von mehr als 50 Mrd. Euro pro Jahr bei 5,2 Millionen Bürgergeldempfängern, von denen 3,8 Millionen als erwerbsfähig gelten, wenig ambitiös. Die Differenzen zwischen den Koalitionspartnern haben denn auch zu einem erheblichen Vertrauensverlust in der Reformfähigkeit dieser Regierung geführt und schließlich zu einer gewissen Zurückhaltung bei Verbrauchern und Investoren.

Inflation deutlich gestiegen – Arbeitsmarkt weiter schwach

Eine Folge des Irankrieges ist der sprunghafte Anstieg der Inflationsrate für die Verbraucherpreise, von noch 1,9 % im Februar auf 2,9 % im April. Dabei legten die Energiepreise insgesamt um 10 % über Vorjahresniveau zu, nach noch -1,9 % im Februar. Besonders stark verteuerten sich die Kraftstoffpreise (+26,2 %). Der - zeitlich begrenzte - Kraftstoffrabatt von Mai bis Juni in Höhe von 17 Cent pro Liter (einschließlich Mehrwertsteuer) hat den weiteren Anstieg der Inflationsrate zunächst gebremst, mit dessen Auslaufen Ende Juni kehrt sich dieser Effekt aber wieder um. Und die Preisanstiege auf den vorgelagerten Stufen - Importpreise, Erzeugerpreise - signalisieren bereits

weiteren Inflationsdruck, umso mehr, je länger die Energiepreise auf dem erhöhten Niveau verharren. Noch liegt die sog. Kernrate - Verbraucherpreise ohne Nahrungsmittel und Energie - mit zuletzt 2,5 % nur wenig über der Stabilitätsmarke. Ein Grund hierfür war, dass die Dienstleistungspreise nun aufgrund geringer steigender Lohn-kosten langsamer zunahm und ein weiterer, dass die Nahrungsmittel-preise bislang recht stabil blieben.

Der Arbeitsmarkt und die damit zusammenhängenden Zahlen sind zwar in erster Linie ein nachlaufender Konjunkturindikator, aber auch Erwartungen in die künftige Wirtschaftsentwicklung spielen hier eine Rolle. Am deutschen Arbeitsmarkt verschlechterten sich aufgrund des Irankriegs in dem Moment die Erwartungen als die laufende Konjunktorentwicklung sich zu bessern schien. Das dämpfte die Bereitschaft der Unternehmen zu Neueinstellungen. Der seit Frühjahr 2025 zu beobachtende Abwärtstrend bei Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten setzte sich so bis zuletzt fort. Gleichzeitig ist die Zahl der Arbeitslosen weiter gestiegen, zuletzt auf saisonbereinigt fast 3 Millionen. Allerdings gibt es auch einige leicht positive Signale. Ob die minimal besseren Mai-Zahlen bereits eine Trendwende am Arbeitsmarkt bedeuten, ist fraglich. Mit der zu Jahresbeginn 2026 hin sich andeutenden konjunkturellen Besserung hat sich dann auch die konjunkturell bedingte Kurzarbeit etwas verringert und die Zahl der offenen Stellen geringfügig erhöht; offenbar waren die Unternehmen damals eher auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage eingestellt.

Prognoseperspektiven wegen multipler Krisen sehr unsicher

Die Rahmenbedingungen für diese Prognose sind gegenüber der vorangegangenen Prognose vom Frühjahr noch schwieriger geworden, die Perspektiven eher noch verschwommener. Zu den externen Unsicherheiten kommen nun die internen hinzu. Meldungen über bevorstehende Vereinbarungen zwischen den USA und dem Iran folgten - trotz offiziellem Waffenstillstand - immer wieder aufflammende einzelne Kampfhandlungen, ganz abgesehen davon, dass der Konflikt schon weit länger andauert als erwartet. Damit sind aber auch die Aussichten auf stabilere und nicht zuletzt wieder niedrigere Energiepreise unbestimmt. Gleichzeitig hat die Bundesregierung durch ihre Reformzwistigkeiten massiv an Vertrauen und Zustimmung verloren, bis hin zur „Kanzlerdiskussion“. Dabei versuchen die Koalitionspartner offenbar ihre ideologischen Prioritäten durchzusetzen um ihr Profil zu schärfen - unabhängig von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, namentlich der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft. Die Verschuldungsmöglichkeiten sind mit den verschiedenen Sondervermögen bzw. -regelungen weitestgehend ausgeschöpft. Der Trend der letzten Jahre zu übermäßigen Ausweitungen der staatlichen Konsumausgaben ist somit ohne weitere Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit kaum vorstellbar.

Bei diesen Unsicherheiten sind für die nächsten Monate verschiedene Szenarien vorstellbar; dabei muss die Wahrscheinlichkeit des hier als am aussichtsreichsten erachteten nicht einmal übermäßig hoch sein. Die Situation im US-Iran-Konflikt scheint so, dass sich eigentlich keine der beiden Seiten eine längere Fortdauer leisten kann. In den USA verliert der Konflikt zunehmend an Zustimmung und der internationale Druck zu dessen Beendigung und vor allem zur allgemeinen Wiedereröffnung der Meerenge von Hormus nimmt zu. Und auch der Iran müsste an eine Aufhebung der US-Blockade seiner Häfen interessiert sein, denn die Straße von Hormus ist trotz der Umgehungsmöglichkeiten über Land deren wichtigster Handelsweg. Deshalb scheint die Wahrscheinlichkeit, dass die Straße von Hormus bald wieder für alle passierbar wird, recht hoch; hier wird davon ausgegangen, dass die aktuellen Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran bald zu einem Abkommen führen, das dies beinhaltet, und die Energiepreise in der Folge wieder merklich zurückgehen. Die innenpolitische Situation erscheint ebenfalls als schwierig. Allerdings erachten beide Koalitionsparteien die gesamtpolitische Situation als alternativlos - das bedeutet, sie müssen sich „zusammenraufen“, Neuwahlen wären für beide problematisch. Deshalb wird diesbezüglich

davon ausgegangen, dass die erforderlichen Strukturreformen weitgehend und auch in naher Zukunft umgesetzt werden. Beide Annahmen zusammen würden die Rahmenbedingungen für eine Erholung der deutschen Wirtschaft spürbar verbessern, nicht zuletzt mit Blick auf kommendes Jahr.

Fiskalpolitik „rettet“ Konjunktur – aber Reformen bleiben wichtig

Ein selbsttragender Aufschwung ist unter den aktuellen Rahmenbedingungen zunächst kaum möglich, ein Abrutschen in eine Rezession aber ebenso wenig wahrscheinlich. Denn die Bundesregierung hat schon im vergangenen Jahr umfangreiche Fiskalprogramme für zusätzliche Infrastrukturinvestitionen und für zusätzliche Verteidigungsausgaben aufgelegt, die wie ein Konjunkturprogramm wirken. Die restriktiven Auswirkungen der Preis- und Kostensteigerungen durch den Irankonflikt auf Kaufkraft der privaten Verbraucher und Investitionsbereitschaft der Unternehmen werden dadurch weitgehend ausgeglichen.

Für eine nachhaltige Verbesserung der Standort- und Wettbewerbsbedingungen müssen aber nun die angekündigten Strukturreformen zügig an-gegangen werden – sonst geht auch der nächste „Herbst der Reformen“ vorüber. Strittige Diskussionen über Steuererhöhungen und andere Mehrbelastungen sind da schädlich. Die deutschen Sozialsysteme gelten teils als ineffizient, auf der anderen Seite sind die demographischen Gegebenheiten „so wie sie sind“ und müssen in allen Bereichen - Rentenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung - entsprechend einbezogen werden, sei es durch mehr Eigenverantwortung oder Änderung der Anspruchsvoraussetzungen, etwa im Fall der Rente durch eine - unter Umständen differenzierte - Erhöhung des Renteneintrittsalters bzw. entsprechende Abschläge. Kurzfristig sind mit den Abschreibungsverbesserungen und dem verbilligten Industriestrompreis einige - allerdings zeitlich begrenzte - Maßnahmen bereits wirksam. Um die Rahmenbedingungen für die private Wirtschaft dauerhaft zu verbessern sind Kosten- und Abgabentlastungen, konkurrenzfähige Energiepreise sowie weniger Bürokratie bzw. Deregulierung erforderlich. Ohne Verbesserung der Standortbedingungen würde sich das Wachstum nach den Fiskalanstößen wieder merklich abflachen.

2026: Krisen dämpfen Wirtschaftswachstum deutlich

Das Konjunkturklima hat sich in diesem Jahr durch Irankrieg, US-Zölle und Reformschwäche spürbar verschlechtert. „Gerettet“ wird die Konjunktur lediglich durch die Fiskalmaßnahmen für zusätzliche Infrastrukturinvestitionen und für mehr Verteidigungsausgaben. Davon werden besonders Bau- und Ausrüstungsinvestitionen profitieren. Neben diesem Wachstumsimpuls hat die zusätzliche staatliche Nachfrage zudem Sekundäreffekte; über mehr Beschäftigung und Einkommen wird auch der private Verbrauch gestützt. Und zur Erstellung von mehr öffentlichen Investitionen sind in den entsprechenden Bereichen auch mehr private Produktionskapazitäten erforderlich.

Überdies wurden für die Privatwirtschaft mit erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten (bis 2027) und reduzierten Industriestrompreisen bereits einige Fördermaßnahmen in Kraft gesetzt. Das stützt ebenfalls die privaten Ausrüstungsinvestitionen. Sicherlich wird die Investitionsbereitschaft bei vielen Unternehmen wegen des Irankonflikts und der Reformstreitigkeiten der Regierungskoalition vorläufig noch zurückhaltend sein, es bestehen aber gewisse Chancen, dass sich diese Probleme im Laufe der zweiten Jahreshälfte allmählich auflösen. Im Baubereich zeichnet sich über die staatlichen Investitionen hinaus auch im Wohnungsbau eine Erholung ab; Baugenehmigungen und Bauaufträge sind - wenn auch von sehr niedrigem Niveau aus - wieder merklich gestiegen.

Am unmittelbarsten betroffen vom Irankrieg und den dadurch bedingten Energiepreisteigerungen sind sicherlich die privaten Verbraucher. Die Inflationsrate hat sich trotz Tankrabatt deutlich erhöht und wird nach dessen Auslaufen Ende Juni sowie aufgrund der Zweitrundeneffekte infolge der Kostensteigerungen auf den Vorstufen selbst dann nochmal nach der Jahresmitte vorüberge-

hend anziehen. Das mindert die Kaufkraft. Da aber auch die Unternehmen zurückhaltender agieren, auch was deren Einstellungsbereitschaft betrifft, steigen insgesamt die verfügbaren Einkommen langsamer. Und letztlich leidet in solchen unsicheren Zeiten in der Regel auch die Konsumbereitschaft der privaten Verbraucher; die Sparquote könnte sich wieder etwas erhöhen. Alles in allem wird so der private Konsum in diesem Jahr nur wenig zunehmen. Anders sieht es beim staatlichen Konsum aus, der weiter deutlich ausgeweitet wird. Dabei kann nur gehofft werden, dass die durch die Sondervermögen ausgeweiteten Finanzierungsmöglichkeiten nicht zu Einschränkungen bei den allgemeinen öffentlichen Investitionen führen.

Die Exporte sind zwar im ersten Quartal dieses Jahres überraschend gestiegen, doch dürfte es sich hierbei kaum um eine Wende des seit drei Jahren anhaltenden Abwärtstrends handeln. Die amerikanische Zollpolitik und die expansive Außenhandelspolitik Chinas mindern die deutschen Exportchancen. Gleichzeitig werden die deutschen Importe mit Wiederbelebung der deutschen Konjunktur wieder zunehmen. Insgesamt wird so der Wachstumsbeitrag von außen eher negativ bleiben.

Aktuell sind die Risiken für eine ungünstigere Entwicklung als hier beschrieben größer als für eine günstigere. Doch bei diesem Szenario kann das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2026 um knapp $\frac{3}{4}$ % wachsen, zumal dieses Jahr $2\frac{1}{2}$ mehr Arbeitstage hat als 2025. Damit würde sich das Wirtschaftswachstum für 2026 gegenüber der Prognose vor Kriegsausbruch halbieren.

2027: Bei konkreten Reformen Wachstum von $1\frac{1}{4}$ % möglich

Eine der beiden Hauptannahmen für die Prognose 2027 ist, dass der Iran-Konflikt so weit eingedämmt ist, dass die Straße von Hormus wieder frei passierbar ist und die Ölpreise weitgehend zurück auf Vorkriegsniveau sind. Die andere Annahme ist, dass die deutsche Regierung wichtige Reformvorhaben in Gang gesetzt hat, die Stimmung bei Verbrauchern und Investoren wieder zuversichtlicher ist und so die Bedingungen für eine Fortsetzung der im späteren Verlauf von 2026 in Gang gekommenen Erholung der deutschen Wirtschaft gegeben sind. Die fiskalischen Ausgabenprogramme für Infrastrukturinvestitionen und Verteidigungsausrüstung dürften im nächsten Jahr ähnliche expansive Wirkung haben wie in diesem. Davon wie auch von den erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten werden auch die privaten Investitionen profitieren, zumal 2027 das letzte Jahr der erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten ist und Unternehmen auch für die Folgezeit geplante Investitionen vorziehen dürften. Die Bauinvestitionen werden sowohl wegen der staatlichen Infrastrukturmaßnahmen wie auch dank der Erholung im Wohnungsbau merklich steigen. Mit der wirtschaftlichen Erholung wird denn auch eine Zunahme der Beschäftigung einhergehen, so dass selbst bei moderaten Lohnabschlüssen die verfügbaren Einkommen merklich steigen werden. Damit wird dann auch der private Konsum spürbar zunehmen.

Unter der Annahme, dass sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht weiter verschlechtern, sollten die Ausfuhren zumindest leicht zunehmen. Da der Anstieg bei den Importen ähnlich sein wird, sind dann im Außenhandel (Außenbeitrag, Handels- und Leistungsbilanz) keine großen Veränderungen zu erwarten. Unter all diesen Bedingungen könnte die deutsche Wirtschaft im Verlauf 2027 mit einer Jahresrate von annähernd $1\frac{1}{2}$ % wachsen. Bei dem zu erwartenden statistischen Überhang aus dem Jahr 2026 und bei einem nochmaligen positiven Arbeitstageeffekt würde das jahresdurchschnittliche Wirtschaftswachstum 2027 dann $1\frac{1}{4}$ % betragen.

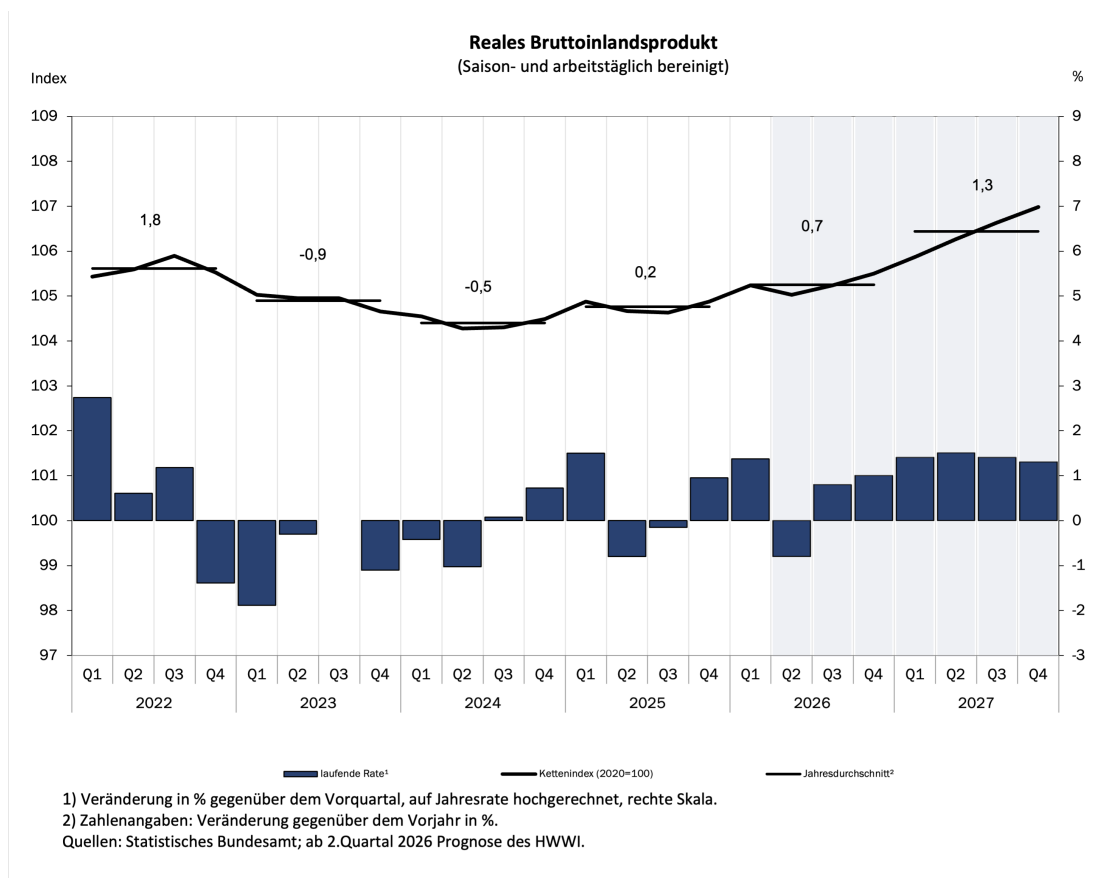


Abbildung 1. Reales Bruttoinlandsprodukt (saison- und arbeitstäglich bereinigt)

Erholung am Arbeitsmarkt und sinkende Inflation

In dem hier angenommenen Szenario würde sich die deutsche Wirtschaft im Laufe der zweiten Hälfte dieses Jahres wieder allmählich beleben und diese Erholung im nächsten Jahr fortsetzen. Dann wird sich auch die Lage am Arbeitsmarkt entspannen. Die Unternehmen werden ihre Beschäftigung wieder ausweiten; die Zahl der Arbeitslosen wird dann sinken. Die Arbeitslosenquote könnte dann zum Jahresende 2027 hin wieder unter 6 % fallen.

Die Preisentwicklung in den kommenden eineinhalb Jahren hängt entscheidend von der Dauer des Irankonflikts bzw. der Sperrung der Straße von Hormus und den dadurch maßgeblich beeinflussten Energiepreisen ab. Bei einer baldigen Öffnung der Straße von Hormus, wie hier unterstellt, wären die Inflationsauswirkungen eher temporär. Mit Wegfall des Tankrabatts Ende Juni würde die Inflationsrate der Verbraucherpreise zwar nach der Jahresmitte nochmal kurz Richtung 3 % zunehmen, die Risiken, dass sich die Energiepreissteigerungen dann über mehrere Stufen fortwalzen, wären jedoch geringer, ebenso die Auswirkungen auf Löhne und Geldpolitik. Letztgenannte Risiken würden mit längerer Dauer hoher Öl- und Gaspreise zunehmen, ganz abgesehen davon, dass dann auch die Rezessionsgefahren sich erhöhen würden.

Mit lediglich temporär höheren Energiepreisen würde sich mit deren Rückgang auch die Inflationsrate wieder rückbilden. In diesem Jahr würde sie sich im restlichen Jahresverlauf wohl noch über 2 1/2 % halten; im Jahres-durchschnitt 2026 würde die Anstiegsrate der Verbraucherpreise dann etwas mehr als 2 1/2 % betragen. Ohne neue Inflationsimpulse im Jahr 2027 wäre dann aber wieder eine Preissteigerungsrate auf der Verbraucherstufe von 2 % möglich.

Prognoserisiken so konkret wie selten

Die Prognoserisiken haben sich gegenüber den letzten Prognosen kaum verändert, sind aber in den vergangenen Monaten in vollem Umfang virulent geworden – und es sind noch Steigerungen vorstellbar. Im Irankonflikt kann ein Scheitern der Verhandlungen und dann eine Ausweitung der Kriegshandlungen nicht ausgeschlossen werden. Das würde sicherlich die längere Schließung der Straße von Hormus bedeuten mit entsprechenden Auswirkungen auf die Öl- und Gaspreise, die Versorgungsmengen und schließlich für die Weltwirtschaft. Daneben hält zudem der Ukrainekrieg weiterhin an.

Überdies bergen die Handelspraktiken der USA und Chinas gewisse Risiken. Trump hat bis in jüngste Zeit gezeigt, dass er selbst bei konkreten Vereinbarungen nicht vor kurzfristigen, willkürlichen Zollerhöhungen zurückschreckt. Und der Außenhandel Chinas wird in bestimmtem Rahmen von strategischen Überlegungen überlagert; die Liefersicherheit wichtiger Rohstoffe oder Vorprodukte ist infolgedessen nicht unbedingt gewährleistet.

Was die Politik der Bundesregierung betrifft, gibt es Unsicherheiten durch Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionspartnern. Abgesehen davon, dass es bei Entscheidungen zu einzelnen Reformvorhaben oftmals lediglich zum kleinsten gemeinsamen Nenner reicht (siehe Bürgergeld/Grundsicherung oder Rente), ist ein Scheitern der Koalition nicht mehr auszuschließen. Damit wäre auch ein Scheitern der angekündigten Reformpolitik verbunden.

Die Prognose im Detail

Im Folgenden werden die Eckdaten der Prognose sowie deren detaillierte Aufschlüsselung im Detail in Form von Tabellen dargestellt. Die Werte für die Jahre 2023, 2024 und 2025 stammen vom Statistischen Bundesamt, die Wert für die Folgejahre sind Prognosen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts.

Tabelle 1. Eckdaten für Deutschland

	2023	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt ¹	-0,9	-0,5	0,2	0,7	1,3
Private Konsumausgaben	-0,7	0,5	1,3	0,6	1,2
Konsumausgaben des Staates	-0,2	2,6	1,5	2,0	1,0
Anlageinvestitionen	-2,0	-3,3	-0,2	1,4	4,6
Ausrüstungen	-0,5	-5,4	-1,6	3,0	5,5
Bauten	-5,9	-3,4	-0,8	-0,5	3,9
Sonstige Anlagen	6,6	0,2	3,8	3,3	4,5
Inlandsnachfrage	-0,9	0,2	1,8	1,1	1,4
Ausfuhr	-1,4	-2,1	-0,9	0,7	1,8
Einfuhr	-1,4	-0,6	3,1	1,7	2,1
Erwerbstätige	0,7	0,1	0,0	-0,4	0,1
Arbeitslose (Mill. Personen)	2,61	2,79	2,95	3,00	2,90
Arbeitslosenquote (in %) ²	5,4	5,7	6,0	6,2	6,0
Verbraucherpreise	5,9	2,3	2,2	2,6	2,0
Finanzierungssaldo des Staates	-2,5	-2,7	-2,8	-3,8	-3,9
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP) ³	5,5	5,9	4,5	4,1	4,0

¹ Preisbereinigt

² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept)

³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; ab 2026 Prognose des HWWI.

Tabelle 2. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2023	2024	2025	2026	2027
Erwerbstätige (Inland)	0,7	0,1	0,0	-0,4	0,1
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	0,5	-0,1	0,1	-0,6	-0,5
Arbeitstage	-0,8	-0,3	-0,3	1,0	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,3	-0,2	-0,2	0,0	0,1
Produktivität	-1,2	-0,3	0,4	0,7	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,9	-0,5	0,2	0,7	1,3

Table 3. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen)

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	3123,7	3234,7	3378,6	3509,1	3627,1
Private Haushalte einschl. OoE	2218,5	2283,0	2372,5	2454,0	2535,1
Staat	905,2	951,8	1006,1	1055,1	1092,0
Anlageinvestitionen	894,1	885,7	907,9	946,9	1014,4
Ausrüstungen	277,4	267,1	268,0	282,7	305,5
Bauten	453,0	450,7	460,8	474,4	506,4
Sonstige Anlagen	163,7	168,0	179,0	189,8	202,6
Vorratsveränderungen	33,9	45,0	76,8	71,2	56,1
Inlandsnachfrage	4051,7	4165,4	4363,2	4527,2	4697,7
Außenbeitrag	167,6	163,5	106,6	90,8	83,3
Ausfuhr	1812,9	1793,7	1800,0	1852,4	1924,4
Einfuhr	1645,3	1630,1	1693,4	1761,6	1841,1
Bruttoinlandsprodukt	4219,3	4329,0	4469,8	4618,0	4781,0
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	5,5	3,6	4,4	3,9	3,4
Private Haushalte einschl. OoE	5,9	2,9	3,9	3,4	3,3
Staat	4,3	5,1	5,7	4,9	3,5
Anlageinvestitionen	3,8	-0,9	2,5	4,3	7,1
Ausrüstungen	5,1	-3,7	0,4	5,5	8,1
Bauten	1,4	-0,5	2,3	2,9	6,7
Sonstige Anlagen	8,3	2,6	6,6	6,0	6,7
Inlandsnachfrage	4,1	2,8	4,7	3,8	3,8
Ausfuhr	-0,4	-1,1	0,4	2,9	3,9
Einfuhr	-4,4	-0,9	3,9	4,0	4,5
Bruttoinlandsprodukt	5,8	2,6	3,3	3,3	3,5

Table 4. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt)

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2683,5	2713,4	2751,2	2779,6	2810,1
Private Haushalte einschl. OoE	1887,3	1897,2	1922,6	1934,3	1956,6
Staat	796,3	816,7	829,0	845,9	854,0
Anlageinvestitionen	726,2	702,0	700,8	710,7	743,1
Ausrüstungen	241,4	228,5	224,9	231,7	244,3
Bauten	336,1	324,7	322,0	320,4	333,0
Sonstige Anlagen	152,1	152,4	158,3	163,5	170,9
Inlandsnachfrage	3450,3	3456,5	3519,2	3558,3	3607,0
Ausfuhr	1523,4	1491,9	1479,2	1489,4	1516,7
Einfuhr	1352,9	1345,3	1387,0	1410,4	1440,0
Bruttoinlandsprodukt	3618,8	3600,8	3608,8	3635,0	3680,5
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	-0,5	1,1	1,4	1,0	1,1
Private Haushalte einschl. OoE	-0,7	0,5	1,3	0,6	1,2
Staat	-0,2	2,6	1,5	2,0	1,0
Anlageinvestitionen	-2,0	-3,3	-0,2	1,4	4,6
Ausrüstungen	-0,5	-5,4	-1,6	3,0	5,5
Bauten	-5,9	-3,4	-0,8	-0,5	3,9
Sonstige Anlagen	6,6	0,2	3,8	3,3	4,5
Inlandsnachfrage	-0,9	0,2	1,8	1,1	1,4
Ausfuhr	-1,4	-2,1	-0,9	0,7	1,8
Einfuhr	-1,4	-0,6	3,1	1,7	2,1
Bruttoinlandsprodukt	-0,9	-0,5	0,2	0,7	1,3

Table 5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2023	2024	2025	2026	2027
Konsumausgaben Private Haushalte einschl. OoE	6,6	2,4	2,6	2,8	2,1
Konsumausgaben Staat	4,5	2,5	4,1	2,8	2,5
Anlageinvestitionen	5,9	2,5	2,7	2,8	2,5
Ausrüstungen	5,6	1,7	2,0	2,4	2,5
Bauten	7,8	3,0	3,1	3,4	2,7
Sonstige Anlagen	1,6	2,4	2,6	2,7	2,1
Ausfuhr	1,0	1,0	1,2	2,2	2,0
Einfuhr	-3,1	-0,4	0,8	2,3	2,4
Bruttoinlandsprodukt	6,7	3,1	3,0	2,6	2,2

Table 6. Einkommensentstehung und -verteilung

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2908,9	3023,0	3140,8	3246,8	3365,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	389,9	410,6	439,5	453,1	466,5
Bruttolöhne und -gehälter	1845,7	1947,2	2036,3	2097,6	2159,7
Übrige Primäreinkommen	673,3	665,1	665,0	696,1	739,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	589,2	566,8	572,7	574,7	576,5
Nettonationaleinkommen	3498,1	3589,7	3713,5	3821,5	3942,4
Abschreibungen	857,9	888,4	918,1	952,9	997,7
Bruttonationaleinkommen	4356,0	4478,1	4631,6	4774,5	4940,1
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	3152,3	3200,2	3308,3	3411,3	3528,2
Arbeitnehmerentgelt	2235,6	2357,8	2475,8	2550,8	2626,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	916,7	842,3	832,4	860,6	902,0
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	5,8	3,9	3,9	3,4	3,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,9	5,3	7,0	3,1	3,0
Bruttolöhne und -gehälter	7,4	5,5	4,6	3,0	3,0
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland)	6,5	5,2	4,5	3,6	3,0
Übrige Primäreinkommen	1,4	-1,2	0,0	4,7	6,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	5,1	-3,8	1,0	0,4	0,3
Nettonationaleinkommen	5,7	2,6	3,4	2,9	3,2
Abschreibungen	7,5	3,6	3,3	3,8	4,7
Bruttonationaleinkommen	6,0	2,8	3,4	3,1	3,5
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	7,3	1,5	3,4	3,1	3,4
Arbeitnehmerentgelt	7,1	5,5	5,0	3,0	3,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,8	-8,1	-1,2	3,4	4,8

Tabelle 7. Einkommensentstehung und -verteilung

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Masseneinkommen	1864,9	1976,9	2055,2	2118,3	2177,6
Nettolöhne und -gehälter	1284,7	1355,5	1406,7	1446,9	1486,5
Monetäre Sozialleistungen	740,6	792,3	836,7	868,7	893,9
verbrauchsnahe Steuern	160,4	170,9	188,2	197,2	202,7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	673,3	665,1	665,0	696,1	739,7
Sonstige Transfers (Saldo)	-122,9	-130,8	-136,4	-141,9	-145,9
Verfügbares Einkommen	2415,3	2511,2	2583,7	2672,5	2771,4
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,6	61,1	61,2	63,0	64,9
Konsumausgaben	2218,5	2283,0	2372,5	2454,0	2535,1
Sparen	257,4	289,4	272,4	281,5	301,2
Sparquote	10,4	11,2	10,3	10,3	10,6
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Masseneinkommen	8,6	6,0	4,0	3,1	2,8
Nettolöhne und -gehälter	9,4	5,5	3,8	2,9	2,7
Monetäre Sozialleistungen	6,9	7,0	5,6	3,8	2,9
verbrauchsnahe Steuern	6,5	6,6	10,1	4,8	2,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,4	-1,2	0,0	4,7	6,3
Verfügbares Einkommen	6,2	4,0	2,9	3,4	3,7
Konsumausgaben	5,9	2,9	3,9	3,4	3,3
Sparen	7,5	12,4	-5,9	3,3	7,0

¹ abzügl. Abgaben auf soziale Leistungen

Table 8. Einnahmen und Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen)

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Einnahmen					
Steuern	962,0	996,6	1031,0	1078,1	1125,8
Sozialbeiträge	710,8	756,6	822,5	847,8	872,9
Vermögenseinkommen	31,8	34,1	30,7	32,5	33,2
Sonst. lfd. Übertragungen	32,4	31,4	30,8	31,9	32,2
Vermögenstransfers	21,9	20,3	25,5	26,5	27,5
Verkäufe	167,0	185,2	198,3	205,5	211,6
Sonst. Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Einnahmen insgesamt	1926,2	2024,4	2139,0	2222,6	2303,5
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleistungen)	265,8	280,4	288,9	299,3	310,4
Arbeitnehmerentgelt	340,5	357,3	383,3	397,2	410,9
Sonst. Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,8	45,8	49,3	53,2	59,6
Subventionen	82,8	54,2	54,1	66,4	67,7
Monetäre Sozialleistungen	660,7	709,5	751,2	779,7	802,3
Soziale Sachleistungen	358,0	386,6	414,3	428,8	439,9
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	92,3	90,2	95,1	95,7	97,3
Vermögenstransfers	74,5	84,0	79,1	89,1	90,9
Bruttoinvestitionen	120,1	131,3	147,5	188,1	209,5
Nettozugang nichtproduzierter Vermögensgüter	-0,5	0,1	-0,6	-0,3	-0,4
Ausgaben insgesamt	2031,4	2139,7	2262,6	2397,6	2488,5
Finanzierungssaldo	-105,2	-115,3	-123,6	-175,0	-185,0
<i>b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr</i>					
Einnahmen					
Steuern	-0,3	3,6	3,4	4,6	4,4
Sozialbeiträge	6,5	6,4	8,7	3,1	3,0
Vermögenseinkommen	60,0	7,2	-10,1	6,1	2,2
Sonst. lfd. Übertragungen	12,9	-3,1	-2,0	3,8	0,7
Vermögenstransfers	7,5	-7,3	25,6	3,9	3,8
Verkäufe	3,5	10,9	7,0	3,6	3,0
Einnahmen insgesamt	3,4	5,1	5,7	3,9	3,6
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleistungen)	3,4	5,5	3,0	3,6	3,7
Arbeitnehmerentgelt	6,0	4,9	7,3	3,6	3,4
Sonst. Produktionsabgaben	4,3	-6,0	14,9	15,7	0,0
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,5	24,4	7,5	8,1	11,9
Subventionen	37,8	-34,6	-0,2	22,7	2,0
Monetäre Sozialleistungen	6,9	7,4	5,9	3,8	2,9
Soziale Sachleistungen	2,2	8,0	7,2	3,5	2,6
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	-17,8	-2,3	5,5	0,6	1,7
Vermögenstransfers	-4,1	12,8	-5,8	12,6	2,1
Bruttoinvestitionen	4,2	9,3	12,3	27,5	11,3
Ausgaben insgesamt	4,8	5,3	5,7	6,0	3,8
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	-2,5	-2,7	-2,8	-3,8	-3,9